

Triumph der Ungleichheit



In diesem Artikel werden amerikanische, europäische und deutsche Nachrichten vermengt. Man könnte darüber diskutieren, ob das zulässig ist, doch die Daten sprechen für gleiche Entwicklungen hier wie da. Die Rolle von Engel und Teufel ist auch gleichermaßen vergeben (Bild: geralt, pixabay). Aber wenn der Engel die Augen aufmacht, wird er nicht mehr

lächeln.

Dann wird er sehen, dass er mal wieder übervorteilt wird, und dass die internationale Finanzwelt immer Wege findet, das Geld an ihm vorbei zu leiten. Der Herr mit den Hörnchen hat Grund, sich zu freuen. Darüber schreibt die Süddeutsche Zeitung mit anderen Worten.

US-Aktienrückkäufe

Der Fluch des Geldes nennt Kathrin Werner ihren Artikel über Aktienrückkäufe (SZ 11.3., nicht online): Die Investoren kassieren durch Aktienrückkäufe der Firmen in enormem Ausmaß: Allein die Firmen im S&P-500-Index haben von 2003 – 2012 mehr als die Hälfte der Firmengewinne in Aktienrückkäufe gesteckt, 2.4 Bio. Dollar entsprechend 54% der Gewinne. Dazu kommen Dividenden in Höhe von 37% der Gewinne.

Die Firmen investieren ihr Geld also nicht – geschweige denn dass sie Geld aufnehmen -, um neue Fabriken zu bauen, höhere Löhne zu zahlen oder bessere Forschung zu betreiben. Sie haben extrem viel Geld (oft an der Steuer vorbei) aufgehäuft, und

das wollen die Aktionäre abkassieren. Das Kaufen der eigenen Aktien ist ein gutes Mittel, um den Wert der verbliebenen Aktien zu steigern, und das geht am Finanzamt vorbei. So geht das unversteuerte Geld aus den Steueroasen an die Aktionäre, zu Lasten der Investition und der Angestelltengehälter, die seit langer Zeit stagnieren. Die Mittelklasse schrumpft deshalb, die Billiglöhne breiten sich aus, und die Aktionäre kriegen immer mehr.

Im Prinzip geht das seit der Deregulierung von 1982 so, wo die Börsenaufsicht SEC die Aktienrückkäufe erlaubte. Zitat dazu: *"Die Praxis ist nicht nur unfair gegenüber der amerikanischen Mittelklasse, sondern schadet auch den einzelnen Unternehmen und der amerikanischen Volkswirtschaft insgesamt."*

Die schlichte Logik dahinter ist, wenn die Arbeitnehmer zu wenig verdienen, mangelt es an Kaufkraft, der Binnenmarkt ist schwach, und die Wirtschaft kann nicht florieren. Nicht dass sich die Logik durchsetzen würde, wie man an den EZB-Programmen sieht. Noch ein nicht onlinener SZ-Artikel vom 11.3. kündigt davon. Man will die Sache nicht demokratisch lösen, indem die Leute mehr Geld in die Hand bekommen, sondern politisch, von oben her, damit die Banken mehr Geld un die Hand bekommen und es bitte, bitte, weitergeben.

Draghi-Geldschwemme

Warten auf den Aufschwung, schreibt Markus Zydra, laut Lehrbuch müssten die EZB-Programme mit ihrer Geldschwemme und ihren superbilligen Krediten die Unternehmen animieren, Kredite von den Banken nachzufragen. Aber die deutschen Firmen haben riesige Exporterfolge und schwimmen fast so im Geld wie die amerikanischen Firmen. Sie brauchen genausowenig Kredite wie die Amerikaner, eher steht zu erwarten, dass sie auch Aktienrückkäufe tätigen.

Die Erwartung ist allzu optimistisch, dass die monatlichen 60-Mrd.-Euro-Geldspritzen tatsächlich die Kreditvergabe

stimulieren, dass sie in der Wirtschaft und den Privathaushalten landen und der Realwirtschaft nutzen, statt in den Finanzmarkt zu gehen. In der Praxis stockt das Wachstum denn immer weiter, auch wenn die EZB den Geldumlauf mit Strafzins von 0,2% für EZB-Einlagen zu pushen versucht.

Die Wirkung ist genau andersrum als gewünscht. Wegen der Geldschwemme gibt es keine auskömmlichen Zinsen mehr, und die Sparer verlieren real. Diese Anleger hatten früher 4% Rendite, heute höchstens noch 1% – sie sparen deshalb und konsumieren weniger. Damit passiert genau das Gegenteil der Absicht, und zudem droht die japanische Krankheit der Deflation. In der Hoffnung auf fallende Preise könnten die Verbraucher ihren Konsum aufschieben und die Firmen ihre Investitionen. Allerdings macht die Geldschwemme den Euro billig und die Importgüter teuer – solange der Dollar nicht nachzieht, siehe auch [Was eine Euro-Dollar-Parität bedeutet](#) (SZ 13.3.).

Nicht nur die Sparer leiden, die Sparkassen auch. Bei 0% Zinsen haben sie keine Marge mehr, aus der sie Gewinn ziehen könnten. Die Banken investieren in den globalen Finanzmärkten und sind weniger betroffen. Sie freuen sich, wenn die unerwünschte Konkurrenz der Sparkassen als Kollateralschaden draufgeht.

Schon 2012 hieß es in einem anderen SZ-Artikel: *Der demokratische Kapitalismus ist in Gefahr, die Staaten sind nur noch Inkassoagenturen schwerreicher Investoren* ([Soziologe Wolfgang Streeck über Goldman Sachs – Die Goldmänner sind überall](#)). Es geht um die Intrigenkompetenz (nicht nur) von der Investmentbank Goldman Sachs. Deren Freunde und Mitarbeiter sitzen auf immer mehr einflussreichen politischen Posten, wie z.B. der EZB-Chef Draghi, der die 60-Mrd.-Staatsanleihenkäufe durchsetze und damit die Inflation anheizen will.

Juncker-Voodoo

Welche Beziehung der EU-Kommissionschef Juncker zu Goldman

Sachs hat, ist unbekannt. Fest steht, dass die Firma in Luxemburg vertreten ist und beim Luxemburger Steuerdumping mitmachte, das Juncker zu verantworten hat. Die Kritik dazu: Das war unsolidarisch, es profitieren einmal die Firmen an den versteckten Steuern, aber auch die Niedrigsteuerländer an den Infrastruktur-Investitionen und den abgesaugten Niedrigsteuern. Zum Schaden der Euro-Allgemeinheit wird ein beschämender Wettbewerb im Unterbieten durchgezogen, als ob das Euroland nicht auf Solidarität aufgebaut wäre.

Was man aber serviert bekommt, ist kein Aufräumen in dieser Sache, sondern das sogenannte Juncker-Voodoo, die Investitionshilfe nach Methode Juncker. Kein Cent frisches Geld, aber neue Haftung der Steuerzahler für Förderbanken. Die Aufregung um diese Milliardenerschöpfung aus dem Nichts hat sich jetzt gelegt, wo das Draghi-Voodoo in Kraft getreten ist. Außerdem ging es nur um 16 Mrd. Euro, was draghimäßig praktisch nur für 1 Woche reicht. Es wurde aber soviel umgewidmet und neudeklariert und dazuspekuliert, dass am Ende doch ein Vierteljahr spekulativer Subventionen herauskam.

Die Kritik, die dazu geäußert wurde, passt bei Juncker wie bei Draghi: Wie bestimmt man denn das nötige Investitionsniveau? Woher wollen die Brüsseler Bürokraten das kennen? Sie kennen es nicht, war die Antwort. *Die Welt ist voller Investitionsruinen, verursacht von Politikern, die mit dem Geld anderer Leute Symbole ihrer Tatkraft schufen* (aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30.11.14, *Junckers wunderbare Geldvermehrung*, nicht online, Autor Winand von Petersdorff).

D-Realität

Das Kontrastprogramm zu den Aktienrückkäufen liefert die deutsche Realität. Da gibt es nicht nur eine Arbeitslosigkeit, die höher ist als behauptet, und die nur auf Basis von Billigjobs runtergedrückt wurde. Es gibt auch ein Prekariat aus ganz normal arbeitenden Menschen. Wenn man die Zunahme der

öffentlichen Schulden einkalkuliert, hat sich die Summe der real verfügbaren Einkommen nicht vergrößert, nur die Zahl der Arbeitenden. Die SZ zu Arbeitslosigkeit und Prekariat:

[Statistik der Arbeitsagentur – Was hinter den Arbeitslosenzahlen steckt](#) (SZ 9.3.): Offiziell sind's 3 Millionen. Mit der versteckten Arbeitslosigkeit 3,9 Millionen (staatlich Geförderte ohne Job, aber nicht arbeitslos, Altersteilzeit, 1-Euro-Jobber usw.). Wenn man die Nichtgemeldeten mitrechnet sind's sicher 4 Millionen. Die SZ spricht von 17 Änderungen bei der Berechnung der Arbeitslosenzahlen von 1986 bis 2009, 16 davon haben die Zahlen verringert.

[Zeitarbeit – Lohndumping – Burn-out – Wir Ausgebeuteten](#) (SZ 11.3.): Die SZ berichtet von Missständen in deutschen Callcentern, Krankenhäusern und Unternehmen: Ausbeutung, Entrechtung, prekäre Arbeitsbedingungen, Perspektivlosigkeit.

Und wer weiß, was noch kommt, wenn die Euro-Geldpolitik im Euraccident mündet? (Wortschöpfung passend zu Graccident)

Links dazu:

- [9999 8888 7777 6666](#)
- [Reload 1970](#)
- [Gegen die Armut](#)
- [Wirtschaftsstrafrecht einführen!](#)
- [Metawelt der Superreichen](#)
- [>>>><<<<](#)